

Better wird und gebracht:
Petersburg, 22. Juli. Gestern abend besuchte Poincaré das französische Krankenhaus. Um 7 Uhr abends fand in der französischen Botschaft ein Diner statt.

Oesterreichs Schritt in Belgrad.

Am gestrigen Dienstag ist Graf Berchtold vom Kaiser Franz Josef in Ischl in einstündiger Audienz empfangen worden. Wie aus gut informierter Quelle verlautet, hat der Minister des Aeußern dem Kaiser in der Audienz den Wortlaut der Note, welche die Oesterreichisch-ungarische Regierung in Belgrad überreichen wird, vorgelegt und die Genehmigung des Monarchen erhalten. Graf Berchtold hat dem Kaiser mitgeteilt, daß er mit den maßgebenden Kabinetten der europäischen Staaten über den Inhalt des Schritts Fühlung genommen habe und daß der Schritt Oesterreich-Ungarns in Serbien deren Zustimmung finde. Der Schritt soll nach den derzeitigen Dispositionen am Schlusse dieser Woche erfolgen.

Die Forderungen, welche die Oesterreichisch-ungarische Regierung in Belgrad stellen wird, dürften sich auf folgende Angelegenheiten erstrecken: 1. Sofortige Einleitung der Untersuchung gegen die durch das Attentat bloßgestellten serbischen Staatsbürger und Organe unter Bürgerschaft, daß diese Untersuchung zu einer wirklichen und gründlichen Ergänzung der Untersuchungsergebnisse werde, die in Serajewo festgestellt worden sind. — 2. Entschiedenem Einschreiten der serbischen Regierung gegen jene Organisationen und Jugendvereine, welche die Agitation gegen Oesterreich-Ungarn führen und die Stimmung hervorruhen, aus denen die Attentate hervorgegangen sind. — 3. Die Oesterreich-ungarische Regierung dürfte weiter den Wunsch aussprechen, daß die Ueberwachung der Grenze besser eingerichtet werde.

Wie aus Wien mitgeteilt wird, habe der Schritt der Oesterreichisch-ungarischen Regierung aber nicht nur den Zweck, die offensichtlichen Mißbräuche zu beseitigen, sondern die serbische Regierung überhaupt zu einer Aenderung ihrer Politik in der Richtung eines dauernden und bleibenden Friedens zu bewegen.

Inzwischen setzen die russischen Blätter ihre Feindschaft gegen Oesterreich fort. So schreibt der „Pirmon“: Die Friedensliebe Oesterreich-Ungarns ist eine unerschämte Heuchelei. Aber der Tag der Abrechnung wird bald kommen. Der Krieg, so verderblich er ist, wenn er lediglich Eroberungen verfolgt, wird zur erhabenen und kulturellen Tat, wenn er zum Zwecke der Erlösung geführt wird. — Die „Politica“ schreibt: Nach einer alten Methode, die uns aus der Anzeigenschrift und aus der albanischen Frage her längst bekannt ist, versucht es Ungarn auch heute, uns einzuschüchtern. Das aber sind nur leere Drohungen, aus denen wir uns nichts machen. Ein großer Glück ist es, daß Serbien solche Drohungen längst gewohnt ist.

Ueber eine amittag nicht bekannt gegebene, im Stillen stattfindende Mobilisierung serbischer Truppen veröffentlicht die Wiener „Militärische Rundschau“ Einzelheiten.

Danach erfolgen fortgesetzt nächtliche Truppentransporte und Truppen werden in Otmarschen und mittels Eisenbahn nach dem Norden dirigiert. Die Zusammenziehung der Streitkräfte erfolgt bei Walsewo und Ulice. Außerdem formieren sich zahlreiche freiwillige Bänder an der Drina. Auf der Donau werden improvisierte Winzengeschäfte in Stand gesetzt, feldmäßige Befestigungen werden an den Ueberhängen längs der Drina- und Donaugänge errichtet. Von Kragujevac gehen andauernd große Mengen von Kriegsmaterial nach der Grenze ab. Auch in Montenegro wird gerüstet. Montenegrinische Truppen werden an Lovcen und dem Grenzraum nördlich Kosman zusammengezogen. Die Forts Kozdrelovič, Kozdrelovičup und Presjula am Duga-Paš werden in Kriegstand versetzt. Alle waffenfähigen Männer sind vertraulich verständigt worden, sich zum Waffendienst bereit zu halten. In Oesterreich ist für sämtliche Munitions- und Pulvermagazine eine verschärfte Bewachung angeordnet worden, da man Attentate erwartet.

Dagegen wird aus Semlin gemeldet: In Belgrad herrscht vollkommen Ruhe und von irgend welcher Kriegsstimmung ist nicht das geringste bemerkbar. Das Leben und Treiben der Bevölkerung ist wie gewöhnlich im Frieden und auch Oesterreichisch-ungarische Staatsangehörige gehen ruhig ihrer Beschäftigung nach. Die Einberufung serbischer Reservisten beschäftigt sich nicht.

Zur Beurteilung der Börse wegen der Spannung zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien wird aus Berlin berichtet: Die Börse sind wegen der gegenwärtigen Lage beunruhigt und es wird hier und da verlangt, daß von maßgebender Seite eine beschwichtigende Rundgebung ergehen möge. Solche erscheint im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich, da die Entwicklung des Zwischenfalls zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien mit Bestimmtheit nicht vorherzusehen ist. Er kann zwar ohne ernsthafte Folgen verlaufen, es läßt sich jedoch in dieser Beziehung nichts Bestimmtes sagen.

Ueber die Haltung Italiens schreibt „Popolo Romano“: „In nicht mißzuverstehender Form hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt, Deutschland wünsche sich in der peinlichen Frage, ausgenommen den Fall der Intervention einer dritten Macht, streng neutral zu verhalten. Ohne uns das Recht anzumachen, für die Consulta zu sprechen, aber auch ohne die Befürchtung einer Indistretion, glauben wir versichern zu dürfen, daß unsere leitenden Kreise von dem gleichen Wunsche befehle sind. Die öffentliche Meinung des Landes findet aber die Erwartung Oesterreichs, in der Attentatsfrage von Serbien amtlich unterstützt zu werden, maßvoll und billig und

wäre sehr verwundert, wenn Serbien dem mächtigen Nachbar nicht freundschaftlich entgegenkäme.“

Schließlich sei noch eine Meldung aus Serajewo wiedergegeben, nach welcher gegen insgesamt 114 Vereinsvorstände serbisch-kroatischer Vereine und Schülerverbindungen in Bosnien und der Herzegowina Anklage wegen Zugehörigkeit zu einer hochverrätherischen Organisation, welche die Abtrennung Bosniens von Oesterreich vorbereitet, erhoben worden ist. An den Mittel- und Hochschulen Bosniens und der Herzegowina sind bisher 295 Schüler wegen Zugehörigkeit zu verbotenen serbischen Verbindungen relegiert worden.

Weiter wird uns gebracht:

Wien, 22. Juli. Dem „Neuen Wiener Tagbl.“ wird von informierter Seite mitgeteilt, daß die Meldung, wonach die vom Grafen Berchtold gekenn dem Kaiser unterbreiteten Beschlüsse die Sanktion des Kaisers erhalten haben, zutreffen würde. Ministerpräsident Graf Tisza werde heute dem ungarischen Abgeordnetenhaus Mitteilung darüber machen. — Aus Budapest wird dem „N. W. Tagbl.“ gemeldet, daß die Note, welche der serbischen Regierung überreicht werden soll, in kurzer, aber bestimmter Form gehalten sei und Serbien Gelegenheit bieten werde, die entsprechende Antwort zu erteilen. Es würde keine bestimmte Frist für die Erstattung der Antwort verlangt werden. Man müsse daher mit Ruhe und Geduld den nächsten Tagen entgegensehen.

Semlin, 22. Juli. Der österr.-ungar. Gesandte Freiherr von Wessl überreichte der serbischen Regierung eine Note, in welcher Beschwerde darüber erhoben wird, daß serbische Soldaten auf Oesterreichische Untertanen, die in einem Raune am Donauufer landen wollten, 10 Schüsse abgegeben hätten. Die Schüsse trafen nicht. Die serbische Regierung hat eine Untersuchung zur Befragung der Täter eingeleitet.

Eine neue Verächtlichung Deutschlands.

Dem Londoner „Standard“ wird von einem besonderen Korrespondenten aus dem Haag gemeldet, die holländische Regierung habe einer deutschen Gesellschaft eine Konzession zur Errichtung eines Hafens mit Stahlwerken am nördlichen Ufer der neuen Wasserstraße bei Rotterdam bewilligt. Die deutsche Gesellschaft werde von der Firma Thyssen kontrolliert. Die Firma besitze Land am rechten Ufer, doch habe der holländischen Regierung das Recht zugestanden, ihr den Zutritt zur Wasserstraße zu verweigern, da die Regierung den Uferstreifen besitzen habe. Jetzt habe die holländische Regierung die amtliche Genehmigung zur Durchstechung des Uferstreifens gegeben. Der Korrespondent glaubt, Deutschland habe dafür Holland gegenwärtig in Gestalt von Versprechungen zum Bau von Kriegsschiffen für die Verteidigung Holländisch-Indiens gegeben. Das konservative Blatt knüpft an diese Meldung die abenteuerliche, aber schon beim ersten Austausch dieses industriellen Projektes geäußerte Behauptung, daß diese Konzession für Deutschland zum Bau einer deutschen Flottenbasis, welche nur sechs bis sieben Stunden von der englischen Küste entfernt wäre, benutzt werden würde, und daß dadurch der holländischen Regierung unmöglich gemacht werden könnte, ihre Neutralität durchzusetzen. Es braucht wohl nicht versichert zu werden, daß für diese Dummheitsphantasie keine weiteren Grundlagen vorhanden sind als daß eine deutsche Firma in Holland Land zur Errichtung eines Stillwerkes sich zu sichern bemüht hat.

Bismarck und die Sozialdemokraten.

Unter der Ueberschrift „Bismarck und die Sozialdemokraten“ leitet die Neue Zeit, die Wochenchrift der deutsche Sozialdemokratie, ihren Eingangartikel in Nr. 16 folgendermaßen ein:

Schon rüsten sich die dreimal geachteten Reichspatrioten, um im nächsten Frühjahr, just am Schalkenarresttag, den hundertsten Geburtstag des Mannes zu begehen, der mit Akrasie, Feile und langer Peile noch heute der Abgott jedes schwarzweißen Stammtischphilisters ist, und nicht ganz zu Unrecht, denn die Einheit Deutschlands, die Anno 1848 lendenlos und kurzatmig das Spiegelbürgertum durch eine Revolution von unten nicht erreichte, hat er durch eine reichsformverfügbare Revolution von oben zuwege gebracht. Nun ist es für die freiwilligen und lächelnden Jaungäste ein ergötzliches Schauspiel, zu sehen, wie sich die Festgäste ihre Bierseidel an die Schüssel setzen, noch ehe die Feier begonnen hat, denn während die christlichen Leute ihren Bismarck und ihren ersten April als Monopol für sich in Anspruch nehmen, veranlassen auch die fortschrittlichen Mannesleuten, die der große Junter immer verächtlich als Punde behandelt hat, das unerwünschte Menschenrecht, die ersten Kinderwindeln des „Säkularmenschen“ als Bahne hüten zu dürfen.

Man weiß nicht, so meint hierzu die „Allg. Ztg.“, worüber man sich bei diesem Beschreibsel mehr wundern soll, über den Schwulst und die unerträgliche Manier des Stils, über die politische Taktlosigkeit und Unklugheit, Ideale, die dem Gegner das Höchste bedeuten, in den Schmutz zu ziehen, oder über die Verständnislosigkeit, die der größte Abschnitt deutscher Geschichte bei einem Deutschen zurückgelassen hat. Wenn die Sozialdemokratie die Absicht hätte, den Bismarckblock, die Sammlung des Bürgertums gegen den Sozialismus, zu fördern, statt zu hindern, so könnten sie das kaum erfolgreicher tun als durch solche Würdelosigkeiten, mit denen sie sich außerhalb der deutschen Nation stellt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 21. Juli. (Ein Regierungszuschuß für das Nachrichten Syndikat.) Die gemeldet wurde, ist vor kurzem auf vielfache Anregungen ein deutsches Syndikat für den Außenhandelsnachrichtendienst ins Leben gerufen worden. Zweck des Syndikats ist, wichtigen oder bedeutenden Nachrichten über deutsche

Angelegenheiten entgegenzutreten und überhaupt für eine angebrachte und einwandfreie Zufornierung des Auslands über Deutschland Sorge zu tragen. Dem Vorhaben nach hat die Reichsregierung dem Syndikat durch das Auswärtige Amt eine einmalige Regierungsbefehle von 250 000 Mark unter der Bedingung in Aussicht gestellt, daß die deutsche Industrie eine gleichhohe Summe zuschießt.

Berlin, 21. Juli. (Reserveübungen in Deutschland.) Eine viel gelese französische Militärzeitschrift behauptet, im vorigen Jahre seien in Deutschland 608 364 Mann zu Reserveübungen einberufen worden; in diesem Jahre würden es 741 000 Mann sein. Wie hierzu festgestellt wird, sind diese Angaben abertrieben. 1913 sind 473 000 Mann zu Übungen einberufen worden, und in diesem Jahre werden es 609 000 Mann sein. Was mit der Verbreitung durch falsche Zahlenangaben über die jeweilige Stärke der unter den Waffen stehenden Mannschaften bezweckt wird, ist durchsichtig genug.

Berlin, 21. Juli. (Verbot der Nebenbeschäftigung der Unteroffiziere.) Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgenden Erlaß des Kriegsministers über das dienstliche Verbot für Unteroffiziere und Mannschaften der Armee, zur Ausübung des Gewerbebetriebes Hilfe zu leisten: Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften der Armee dienstlich verboten ist, innerhalb ihrer eigenen oder fremden Truppe, einer Behörde, Zirkel, Personen oder den Handwerksmeistern der Truppe und der militärischen Anstalten usw. zur Ausübung des Gewerbebetriebes Hilfe zu leisten, insbesondere durch Vermittlung oder Erleichterung des Abschlusses von Kaufgeschäften, Versicherungsverträgen und dergleichen. Den Unteroffizieren und Mannschaften ist befohlen, von jeder an sie ergehenden derartigen Aufforderung ihren Vorgesetzten Meldung zu machen.

Berlin, 21. Juli. (Ein Erlaß gegen Soldatenmishandlungen?) Die sozialdemokratische Presse hatte mitgeteilt, daß das Kriegsministerium im Anschluß an den Rosa Luxemburg-Prozess einen neuen Erlaß zur Bekämpfung der Soldatenmishandlungen, der strengere Urteile verlange, herausgegeben habe. In unterrichteten Berliner politischen Kreisen wird demgegenüber darauf verwiesen, daß das Kriegsministerium bereits am 28. Mai eine neue Verordnung gegen Soldatenmishandlungen erlassen habe, die diesen Vergehen mit aller Schärfe entgegentritt.

Berlin, 21. Juli. (Ankunft des Kreuzers „Karlsruhe“ in Port-au-Prince.) Der kleine Kreuzer „Karlsruhe“ ist gestern in Port-au-Prince angekommen.

Lissabon, 21. Juli. (Tumulte in Lissabon.) Nach Schluß einer demokratischen Wahlversammlung entstand in der Rue Centrique ein Tumult, bei dem auch Schüsse gewechselt wurden. Drei Personen wurden verletzt, drei verhaftet.

Petersburg, 21. Juli. (Eine russische Erklärung für den Pariser Festjubel.) Die Zeitung „Petersburger Kurier“ bemerkt in Beisprechung zu dem Artikel des „Temps“ mit der Ueberschrift: „Silberhochzeit des Bündnisses“: Wir können nicht der Meinung des „Temps“ völlig zustimmen. Bisher hat England absolut keinen Beweis der Bereitschaft, für die Dienste Frankreichs und Russlands mit gleichwertigen Diensten zu zahlen, gegeben. Wir erwarten solche Beweise.

Petersburg, 21. Juli. (Neue heftige Straßunruhen in Petersburg.) Nach amtlichen Feststellungen ist die Zahl der Ausständigen gestern auf 110 000 gestiegen. Sie trugen rote Fahnen, sangen revolutionäre Lieder, rühten den Straßenbahnverkehr, bewarfen die Polizisten mit Steinen und verlegten zwei Polizeiführer, fünf Revolveraufseher sowie elf Schulkinder. In einigen Fällen mußte die Polizei Revolverkugeln abgeben, um die Menge zu zerstreuen. Verletzt wurde dabei niemand. Es wurden 45 Arbeiter verhaftet. Abends kam es im Woborger Stadtteile zu Ausschreitungen. Etwa 2000 Arbeiter stürzten Pferdebesten um. Die dagegen einschreitende Polizei wurde von der Menge aus den Fenstern und Häusern mit Steinen beworfen. Es wurden auch Schüsse abgefeuert. Die Polizei schob auf die Demonstranten und die offenen Fenster. Ob jemand verwundet worden ist, konnte nicht festgestellt werden. Drei Polizisten sind verletzt worden. — Auch heute kreisen über 100 000 Arbeiter. Im Woborger Stadtteile veranstalteten ferner mehrere tausend Ausständige eine Versammlung. Als die Menge die Aufforderung der Polizei zum Auseinandergehen mit Steinschleudern beantwortete, wurden Rosaken herbeigeholt. Nach dreimaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, gaben die Rosaken zweimal blinde Schüsse ab, worauf die Arbeiter sich zerstreuten. An anderen Stellen hielten die Ausständigen die Straßenbahnwagen an und zwangen das Publikum zum Aussteigen, worauf die Wagen umgestürzt wurden. An verschiedenen Punkten wurden etwa 20 Wagen umgestürzt.

Oertliche Angelegenheiten.

Schneeberg, 22. Juli. Ein sehr für diese gemitterreichen Sommer außergewöhnlich heftiges Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen, Schloßfall und besonders starken Donnerschlägen ging heute mittig in der 2. Stunde nieder. In kurzer Zeit waren die Wege überschwemmt. Ein Blizschlag zersplitterte in einem Garten an der Ringstraße einen großen alten Weidenbaum. Der Schmetzmaier ist aus den Ufern getreten und hat unterhalb des Gasteinwieses eine Wiefe überflutet. In Oberschlema konnten angesichts der plötzlichen anbreitenden Wassermassen nur mit Mühe die Schützen des Blauschwarzwehres gezogen werden, als das Wasser die Wege und Grundstücke zu überschwammen begann. Eine merkliche Abkühlung ist nach dem Gewitter nicht eingetreten.